

Mandanten-Information für das Bau- und Baunebengewerbe

Im September 2025

**Sehr geehrte Mandantin,
sehr geehrter Mandant,**

der Gesetzgeber hat den sogenannten Wachstumsbooster auf den Weg gebracht. Wir fassen zusammen, was sich hinter dem Gesetz für ein steuerliches **Investitionssofortprogramm** zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland verbirgt. Darüber hinaus verfolgt die Bundesregierung eine Gesetzesinitiative weiter, die in der letzten Legislaturperiode nicht mehr umgesetzt werden konnte. Wir zeigen, wie die **Schaffung von Wohnraum** in Deutschland deutlich beschleunigt werden soll. Der **Steuertipp** beleuchtet, wann Sie **Bewirtungskosten** als Betriebsausgaben absetzen können.

Gesetzgebung

Wie Deutschland auf Wachstumskurs gebracht werden soll

Das Gesetz für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland ist unter Dach und Fach. Es enthält folgende Maßnahmen:

- **Abschreibung:** Bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens können im Jahr der Anschaffung mit bis zu 30 % abgeschrieben werden (maximal das Dreifache der linearen AfA). Diese neue degressive Abschreibung gilt für Investitionen ab dem 01.07.2025 und bis zum 31.12.2027.
- **Körperschaftsteuer:** Der Körperschaftsteuersatz sinkt ab 2028 schrittweise von 15 % auf

10 % (jährlich um einen Prozentpunkt bis 2032). Kapitalgesellschaften sollen dadurch erheblich steuerlich entlastet werden.

- **E-Fahrzeuge:** Rein elektrische Fahrzeuge, die in der Zeit ab dem 01.07.2025 bis zum 31.12.2027 angeschafft werden, können wie folgt abgeschrieben werden: 75 % im Anschaffungsjahr, 10 % im zweiten Jahr, 5 % jeweils im dritten und vierten Jahr, 3 % im fünften Jahr und 2 % im sechsten Jahr.
- **E-Dienstwagen:** Die Bruttolistenpreisgrenze für E-Dienstwagen ist von 70.000 € auf 100.000 € gestiegen, so dass die für E-Mobilität geltenden Steuervergünstigungen auch auf höherpreisige Fahrzeuge anwendbar sind. Die Anhebung gilt für Fahrzeuge, die ab dem 01.07.2025 angeschafft werden.

In dieser Ausgabe

- ☑ **Gesetzgebung:** Wie Deutschland auf Wachstumskurs gebracht werden soll 1
- ☑ **Stadtentwicklung:** Koalition bringt Bau-Turbo auf den Weg 2
- ☑ **Steuerermäßigung:** Beteiligungsverhältnisse am Ende des Wirtschaftsjahres sind maßgeblich 2
- ☑ **Digitalisierung:** Bestätigung ausländischer USt-IdNrn. ist nur noch online möglich 2
- ☑ **Entwurf:** Neue Hinweise zur E-Rechnung 3
- ☑ **Mehrarbeit:** Bundesregierung plant steuerfreie Überstundenzuschläge 3
- ☑ **Gehaltsextras:** Erholungsbeihilfen für Mitarbeiter sind steuerbegünstigt 4
- ☑ **Zinsswaps:** Wann Ausgleichszahlungen als Betriebsausgaben abziehbar sind 4
- ☑ **Steuertipp:** Wann Sie Bewirtungskosten als Betriebsausgaben absetzen können 4

- **Forschung:** Bei der Forschungszulage wurde die Bemessungsgrundlage erhöht und die förderfähigen Ausgaben wurden ausgeweitet.

Stadtentwicklung

Koalition bringt Bau-Turbo auf den Weg

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD haben den Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des **Wohnungsbaus** und zur Wohnraumsicherung eingebracht. Damit soll die Schaffung von Wohnraum in Deutschland deutlich beschleunigt werden. Als weitgehende Flexibilisierung für den Wohnungsbau soll ein Abweichen von bauplanungsrechtlichen Vorschriften erlaubt werden. Wenn eine Kommune sich entscheide, diesen „Bau-Turbo“ anzuwenden, könnten zusätzliche Wohnungen bereits nach einer zweimonatigen Prüfung durch die Gemeinde zugelassen werden. Einer Aufstellung oder Änderung eines Bebauungsplans bedürfe es nicht mehr. Dies erlaubt es, durch Neubau, Umbau oder Umnutzung zügig neuen Wohnraum zu schaffen. Die Regelung wird als eine Art Experimentierklausel bezeichnet und ist bis zum 31.12.2030 befristet.

Im Geltungsbereich eines Bebauungsplans soll mehr Wohnbebauung auch über die Vorgaben des Bebauungsplans hinaus ermöglicht werden, heißt es in dem Entwurf weiter. So könne beispielsweise in ganzen Straßenzügen durch **Aufstockung, Anbauten** oder Bauen in der zweiten Reihe neuer Wohnraum geschaffen werden.

Im unbeplanten Innenbereich soll über die bisherigen Möglichkeiten hinaus auch dort die Neuerrichtung von Wohngebäuden möglich sein, wo sie sich nicht in den Bebauungszusammenhang einfügen. Auch im Außenbereich soll einfacher neuer Wohnraum geschaffen werden können. Zudem soll mit innovativen **Lärmschutzlösungen** mehr Wohnbebauung als bisher in der Nähe von Gewerbebetrieben ermöglicht werden.

Hinweis: Mietwohnungen sollen auch weiterhin nicht ohne weiteres zu Eigentumswohnungen umgewandelt werden können. Dazu werde der sogenannte Umwandlungsschutz in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt um fünf Jahre verlängert.

Steuerermäßigung

Beteiligungsverhältnisse am Ende des Wirtschaftsjahres sind maßgeblich

Wer Einkünfte aus gewerblichen Unternehmen oder aus Gewerbebetrieben als Mitunternehmer

erzielt, kann von einer Steuerermäßigung profitieren: Die tarifliche Einkommensteuer vermindert sich um das Vierfache des festgesetzten Gewerbesteuerermessbetrags. Diese Steuerermäßigung ist auf den Teil der Einkommensteuer beschränkt, der auf die **gewerblichen Einkünfte** entfällt. Die Anrechnung soll eine Doppelbelastung mit Einkommen- und Gewerbesteuer verhindern. Der Bundesfinanzhof (BFH) hat entschieden, dass Mitunternehmer nur dann von der Steuerermäßigung profitieren, wenn sie am Ende des (gegebenenfalls abweichenden) Wirtschaftsjahres bereits an der Mitunternehmerschaft beteiligt waren.

Die Klägerin ist eine KG, die ihren Gewinn nach einem abweichenden Wirtschaftsjahr ermittelt hatte (vom 01.07. bis 30.06.). Nachdem der Kommanditist im August verstorben war, traten seine Ehefrau und seine Tochter als Kommanditistinnen durch Sondererbfolge in die KG ein.

Die Gewerbesteuer-Messbeträge für das **abweichende Wirtschaftsjahr**, das vor dem Todeszeitpunkt geendet hatte, rechnete das Finanzamt direkt den Erbinnen zu. Auch bei einem abweichenden Wirtschaftsjahr seien die Beteiligungsverhältnisse zum 31.12. maßgeblich. Zu diesem Zeitpunkt seien Ehefrau und Tochter bereits in die KG eingetreten. Dass beide zum Ende des abweichenden Wirtschaftsjahres (30.06.) noch gar nicht beteiligt gewesen waren, da der Vater zu diesem Zeitpunkt noch gelebt hatte, hielt das Finanzamt für unerheblich.

Der BFH widersprach jedoch und rechnete den Messbetrag den Erbinnen nicht direkt als Feststellungsbeteiligte zu, sondern nur in ihrer Eigenschaft als Erbinnen des Verstorbenen. **Zeitlicher Bezugspunkt** ist nicht das Ende des gewerbesteuerlichen Erhebungszeitraums (31.12.), sondern stets das Ende des Wirtschaftsjahres, das der Ermittlung des Gewerbeertrags zugrunde lag.

Hinweis: Die Urteilsgrundsätze gelten nicht nur beim Ausscheiden von Gesellschaftern von Todes wegen, sondern für Beteiligtenwechsel jeglicher Art (z.B. durch vorweggenommene Erbfolge oder Anteilsverkauf).

Digitalisierung

Bestätigung ausländischer USt-IdNrn. ist nur noch online möglich

Kürzlich ist das Verfahren zur Bestätigung ausländischer Umsatzsteuer-Identifikationsnummern (USt-IdNrn.) neu geregelt worden, um es zu standardisieren, rechtssicherer zu gestalten und den administrativen Aufwand zu minimieren. Anfra-

gen zur Bestätigung einer ausländischen USt-IdNr. sind nun ausschließlich online über die vom Bundeszentralamt für Steuern bereitgestellte Abfrageplattform vorzunehmen (**www.bzst.de**). Andere Wege der Anfrage - etwa schriftlich, telefonisch oder per Fax - sind ausdrücklich nicht mehr zulässig. Mit dieser Änderung schafft die Finanzverwaltung eine einheitliche und ausschließlich digitale Schnittstelle zur Überprüfung von USt-IdNrn. aus dem EU-Ausland.

Nur Inhaber einer deutschen USt-IdNr. dürfen solche Bestätigungsanfragen stellen. Dabei stehen den Unternehmen zwei Varianten zur Verfügung: die **einfache** und die **qualifizierte Bestätigungsanfrage**. Während bei der einfachen Anfrage lediglich die Gültigkeit der USt-IdNr. überprüft wird, liefert die qualifizierte Anfrage zusätzliche Informationen wie den Namen, die Rechtsform und die Anschrift des ausländischen Unternehmens. Zudem besteht nun die Möglichkeit, mehrere USt-IdNrn. gleichzeitig im Rahmen einer Sammelanfrage zu überprüfen, was insbesondere für größere Unternehmen mit regelmäßigem EU-Waren- oder -Dienstleistungsverkehr eine erhebliche Erleichterung darstellt.

Hinweis: Die neuen Regelungen zur Bestätigung ausländischer USt-IdNrn. gelten seit dem 20.07.2025 verbindlich.

Entwurf

Neue Hinweise zur E-Rechnung

Das Bundesfinanzministerium (BMF) plant, sein Schreiben zur Einführung der obligatorischen elektronischen Rechnung (E-Rechnung) zu ergänzen bzw. zu ändern.

Eine wesentliche Neuerung des aktuellen Entwurfs betrifft die Abgrenzung zwischen E-Rechnungen im **strukturierten Format** gemäß der Norm EN 16931 und den „sonstigen Rechnungen“. Rechnungen, die nicht dem strukturierten Format entsprechen, gelten weiterhin als sonstige elektronische Rechnungen (z.B. PDF) und berechnen nur während der gesetzlich vorgesehenen Übergangsfristen bis Ende 2026 bzw. 2027 zum Vorsteuerabzug. Der Vorsteuerabzug wird grundsätzlich nur noch bei formal korrekten E-Rechnungen gewährt.

Hinweis: Rechnungen, deren Gesamtbetrag 250 € nicht übersteigt (Rechnungen über Kleinbeträge), und Rechnungen von Kleinunternehmen können immer als sonstige Rechnung ausgestellt und übermittelt werden.

Wenn eine E-Rechnung inhaltliche Fehler (etwa fehlende Pflichtangaben) aufweist, liegt zwar ei-

ne E-Rechnung vor, die aber nicht als ordnungsgemäß gilt mit der Folge, dass der Vorsteuerabzug in solchen Fällen ausgeschlossen ist.

Ein weiterer Schwerpunkt des Entwurfs ist die **Validierung** eingehender E-Rechnungen. Unternehmen sind künftig verpflichtet, sicherzustellen, dass E-Rechnungen den Anforderungen der Norm EN 16931 entsprechen. Ziel ist es, Fehler frühzeitig zu erkennen und steuerliche Risiken zu vermeiden. Hierzu weist das BMF auf geeignete technische Validierungsverfahren wie etwa das RSMinvoice Testkit hin.

Für **Kleinunternehmer** stellt das BMF klar, dass diese weiterhin von der Verpflichtung zur Ausstellung strukturierter E-Rechnungen ausgenommen sind. Sie dürfen auch künftig „sonstige Rechnungen“ im Papier- oder PDF-Format verwenden, sofern der Rechnungsempfänger zustimmt. Die Zustimmung kann formlos oder auch konkludent erfolgen. Kleinunternehmer müssen jedoch technisch in der Lage sein, strukturierte E-Rechnungen empfangen zu können. Mit dem Vorhandensein eines E-Mail-Postfachs ist diese Voraussetzung bereits erfüllt.

Hinweis: Der Entwurf wurde den Wirtschaftsverbänden zur Stellungnahme übermittelt und ist zudem zu Informationszwecken schon jetzt öffentlich zugänglich. Die Veröffentlichung des endgültigen Schreibens ist für das vierte Quartal 2025 vorgesehen.

Mehrarbeit

Bundesregierung plant steuerfreie Überstundenzuschläge

Im Durchschnitt haben Arbeitnehmer im vergangenen Jahr **28,2 Überstunden pro Kopf** geleistet - dies geht aus Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hervor. Hierbei handelte es sich um 13,1 bezahlte und 15,1 unbezahlte Überstunden.

Nach aktueller Rechtslage fallen bei der **Entlohnung von Überstunden** sowohl auf die Grundvergütung der Überstunden als auch auf Überstundenzuschläge die üblichen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge an. Die Bundesregierung plant laut aktuellem Koalitionsvertrag nun jedoch, zumindest die Zuschläge für Mehrarbeit, die über die tariflich vereinbarte oder an Tarifverträgen orientierte Vollarbeitszeit hinausgehen, künftig steuerfrei zu stellen. Damit können Arbeitnehmer die Zuschläge künftig brutto wie netto vereinnahmen.

Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit sind innerhalb der gesetzlichen Höchst-

grenzen bereits nach aktueller Rechtslage steuerfrei, sofern diese separat zum Arbeitslohn ausbezahlt werden. Dies gilt auch für Zuschläge für Bereitschaftsdienste an Sonntagen und Feiertagen oder in den Nachtstunden. Als Grundlohn für die Berechnung der steuerfreien Zuschläge dürfen Arbeitgeber maximal 50 € pro Stunde ansetzen.

Hinweis: Abzuwarten bleibt, wie die geplante Steuerfreistellung von Überstundenzuschlägen nun gesetzgeberisch umgesetzt wird.

Gehaltsextras

Erholungsbeihilfen für Mitarbeiter sind steuerbegünstigt

Damit möglichst viel Netto vom Brutto auf dem Konto eines Arbeitnehmers eingeht, können Arbeitgeber eine Reihe steuerbegünstigter **Gehaltsextras** auszahlen. Sie können zum Beispiel die Urlaubskasse der Mitarbeiter aufbessern und ihnen Erholungsbeihilfen zahlen. Pro Jahr erkennt das Finanzamt folgende Beträge an:

- 156 € pro Mitarbeiter,
- 104 € für deren Ehe- und Lebenspartner und
- 52 € für jedes ihrer Kinder.

Einer Familie mit zwei Kindern dürfen also in der Summe 364 € ausbezahlt werden. Diese Beihilfen darf der Arbeitgeber **pauschal mit 25 % Lohnversteuern**, so dass der Vorteil für die Mitarbeiter steuerfrei ist. Zudem fallen keine Sozialversicherungsbeiträge an. Wichtig für die steuerliche Anerkennung ist allerdings, dass der Arbeitgeber seine Zahlungen in den Lohnunterlagen klar als „Erholungsbeihilfe“ ausweist und sie zweckgebunden zur Unterstützung des Urlaubs auszahlt.

Hinweis: Wir informieren Sie gerne ausführlich über die Möglichkeiten, die Arbeitgebern zur Nettolohnoptimierung offenstehen.

Zinsswaps

Wann Ausgleichszahlungen als Betriebsausgaben abziehbar sind

Variabel verzinsten Darlehen können durch Zinsswapgeschäfte abgesichert werden, um das Risiko künftiger Zinsänderungen zu begrenzen. Laut Bundesfinanzhof (BFH) können Ausgleichszahlungen im Rahmen eines Zinsswaps als Betriebsausgaben abziehbar sein, soweit mit diesem Swap ein **betriebliches Zinsänderungsrisiko** abgesichert werden soll. Das setzt voraus, dass das betriebliche Darlehen und das zinssichernde Swap-

geschäft inhaltlich (bestands-, volumen-, laufzeit- und betragsmäßig) genau oder zumindest annähernd aufeinander abgestimmt seien.

Um sicherzustellen, dass ein Swapgeschäft nicht aus spekulativer und damit betriebsfremder Veranlassung abgeschlossen worden ist, verlangt der BFH, dass der Unternehmer es von Anfang an als betriebliches Geschäft behandelt. Dafür müssen Ausgleichszahlungen schon in der **laufenden Buchhaltung** als betrieblicher Aufwand und etwaige Ausgleichszahlungen der Bank als betriebliche Einnahmen erfasst werden.

Steuertipp

Wann Sie Bewirtungskosten als Betriebsausgaben absetzen können

Wenn Sie Ihre Geschäftspartner bewirten, dürfen Sie 70 % der anfallenden (angemessenen) Kosten als Betriebsausgaben absetzen. Zu den anteilig absetzbaren **Bewirtungskosten** zählen auch Trinkgelder. Inwieweit Bewirtungskosten angemessen sind, richtet sich einzelfallabhängig nach dem Bewirtungsanlass und der Branche.

Bei der **Umsatzsteuer** gilt diese 70-%-Grenze aber nicht, so dass die auf die Bewirtungskosten entfallende Umsatzsteuer zu 100 % als Vorsteuer abziehbar ist. Ein Vorsteuerabzug ist nur dann ausgeschlossen, wenn die Aufwendungen generell unangemessen sind. Liegt die Bewirtungsrechnung über 250 € (inkl. Umsatzsteuer), muss der bewirtende Unternehmer explizit als Rechnungsadressat aufgeführt sein, damit das Finanzamt den Betriebsausgabenabzug akzeptiert.

Hinweis: Um die betriebliche Veranlassung der Bewirtung nachzuweisen, sollten Sie unbedingt den konkreten Anlass des Geschäftsessens dokumentieren. Allgemeine Angaben wie „Arbeitsgespräch“ oder „Hintergrundgespräch“ genügen dem Finanzamt nicht. Zusätzlich sind auch der Ort, der Tag und die Teilnehmer der Bewirtung festzuhalten.

Über Bewirtungen sind im Rahmen der Bilanzierung fortlaufend und zeitnah von den sonstigen Betriebsausgaben getrennte Einzelaufzeichnungen zu führen. Im Rahmen der Einnahmenüberschussrechnung sind Bewirtungsbelege zumindest getrennt abzulegen.

Mit freundlichen Grüßen